

Nr. 105 | Juli 2015

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Gespaltene Ukraine

Thema

Krisenhafte Transformation
Traum vom Imperium
Failed State Ukraine?

Analyse

Chinas Infrastruktur

Historie

Weißer Busse – Rettungsaktion 1945

WeltBlick

Polens neuer Staatspräsident
Völkermord in Namibia

ISSN 0944-8101 | 4,80 €



4 191574 104808



07

Editorial

Gibt es einen Ausweg für die Ukraine? Im Schwerpunkt dieses Heftes werden die jüngsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in diesem europäischen Land diskutiert. Sie erzählen von den Kämpfen der Oligarchen, vom wirtschaftlichen Niedergang des Landes, das als „gescheiterter Staat“ im Human Development Index auf Platz 83 gerutscht ist, vom steigenden Reichtum einer kriminellen Oberschicht, der wachsenden Armut in diesem an Ressourcen so reichen Lande und von der allgegenwärtigen Instrumentalisierung von Kultur, Geschichte und Sprache. Auch der Unmut wächst, erneut, und die Ukrainerin Yuliya Yurchenko fragt, ob nach dem „zweiten Maidan“ bereits der dritte im Lande reift. Für August Pradetto werden die inneren Probleme des Landes von allen Seiten als „Kalter Krieg“ inszeniert, was offenbar für sie vorteilhaft ist. Er sieht auch einen Ausweg aus der Krise, aber der ist an Rationalität, an kühles Nachdenken, und nicht an Pathos und gegenseitige Beschuldigungen geknüpft. Ob dies in Kiew, Brüssel, Washington und Moskau möglich ist? Vielleicht sollte Berlin hier „mehr Verantwortung“ übernehmen, ganz im Sinne des neuen „Friedensgutachten“!

Um deutsche Verantwortung geht es auch bei Reinhart Kößler und Henning Melber, konkret um den Genozid an den Herero und Nama in „Deutsch-Südwest“. Wenn zu Recht der türkische Völkermord an den Armeniern in Deutschland angeprangert wird, dann ist es ebenso an der Zeit, die deutschen Verbrechen in Namibia vor mehr als 100 Jahren als solche zu benennen und Verantwortung zu übernehmen.

Wenn es hierzulande um Krieg und Frieden geht, dann ist das ureigenste Anliegen des Deutschen Bundestages. Noch, so Willy Wimmer. Der langjährige Außenpolitiker der CDU warnt in seinem engagierten Kommentar davor, diesen „Parlamentsvorbehalt“ auszuhöhlen. Es gehe nicht um die Erwartungen von Bündnispartnern an die (schnelle) Bereitstellung von deutschen Truppen, es geht darum, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. So will es das Grundgesetz, so soll es auch bleiben!



Potsdam, im Juli 2015



Dr. Raimund Krämer, Chefredakteur



Inhalt

4	WeltBlick	
4	G7 – Gipfel globaler Verantwortung(slosigkeit) <i>Conrad Schetter</i>	
8	Spanien: Stimmung für einen Machtwechsel? <i>Mario Kölling</i>	
11	Polen: Ein Hauch von Budapest <i>Holger Politt</i>	
14	Völkermord in Namibia und die deutsche Debatte <i>Reinhart Kößler und Henning Melber</i>	
18	Briefe aus ...	
	<i>New York, Istanbul, Beijing</i>	
24	VIP: Wanjira Mathai	
	<i>Angela Unkrüer</i>	
26	Gespaltene Ukraine	
28	Postsowjetische Staatenbildung in der Krise <i>Felix Jaitner, Tina Olteanu, Tobias Spöri</i>	
34	Der Traum vom Imperium? <i>Victor Apryshchenko</i>	
39	Reift ein dritter Maidan? <i>Yuliya Yurchenko</i>	
45	Die Inszenierung des Ukraine Konflikts als Kalter Krieg <i>August Pradetto</i>	
51	Ukraine – Krise des Wirtschaftssystems <i>Kai Kleinwächter</i>	



Zwischenruf: Das war der Gipfel

52

Attila Király

Analyse: China und globale Infrastrukturen

54

Mikko Huotari und Maximilian Mayer

Historie: Rettungsaktion 1945

62

Dörte Putensen



Buch des Monats

66

Dennis Zöllner

Briefe an die Redaktion

68



Kommentar: Parlamentsvorbehalt in Gefahr

70

Willy Wimmer

Wort und Strich

72

Thema

Die Ukraine – postsowjetische Staatenbildung in der Krise

Felix Jaitner, Tina Olteanu, Tobias Spöri

Die Ukraine steckt in der Krise. Darin ähnelt sie anderen postsowjetischen Staaten. Die Nationenbildung scheint gescheitert. Die Ereignisse auf der Krim und in der Ostukraine, aber auch die unterschiedlichen Wahlergebnisse in den Regionen zeigen, wie ambivalent und polarisiert das Land heute ist und wie fraglich seine Zukunft.

Seit November 2013 schaut die Welt auf die Ukraine – von den Protesten auf dem Maidan über die Krim bis zum Konflikt im Osten des Landes. Die Kämpfe der ukrainischen Armee, unterstützt von den verschiedenen Freiwilligencorps, gegen die Separatisten in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit mehreren Tausend Todesopfern sind der bisherige tragische Höhepunkt dieser Entwicklungen. Der Großteil der Analysen in Westeuropa konzentrieren sich bisher auf ebenjenen Konflikt. Dabei wird die jüngere Geschichte des Landes wie auch die des postsowjetischen Raumes insgesamt nur spärlich beleuchtet. Allerdings sind die Entwicklungen in der Ukraine, wie auch in den anderen postsowjetischen Staaten, schwer ohne die Auflösung der Sowjetunion und die darauf einsetzende Transformationsphase in den 1990er-Jahren nachzuvollziehen. Viele Symptome der aktuellen Krise in der Ukraine bestanden schon seit ihrer Unabhängigkeit und konnten im Verlauf der Transformation nicht gelöst werden. Die derzeitige Krise hat diese Phänomene also nicht neu geschaffen, sondern vielmehr deren Ausmaß und Tragweite sichtbar gemacht.

Für die meisten ehemaligen Sowjetrepubliken gilt, dass die Desintegration der UdSSR bis in die Gegenwart zwei Folgen hat. Erstens geht es um die ökonomische Entwicklung der neu entstandenen Volkswirtschaften, die aufgrund des bis 1991 gemeinsamen Wirtschaftsraumes auch danach noch größtenteils sehr eng miteinander verknüpft waren. Die Ukraine und Russland sind dafür ein gutes Beispiel. Im Laufe der wirtschaftlichen Transformation rutschten viele postsowjetische Staaten in eine dauerhafte ökonomische Krise, die in einem massiven Rückgang des Handels unter den Nachfolgestaaten und einem ökonomischen

Peripherisierungsprozess ihren Ausdruck findet. Zweitens führte die Auflösung der Sowjetunion zur Neubegründung der 15 Nachfolgerepubliken als Nationalstaaten mit einer staatstragenden Nation. So entstanden in Zentralasien erstmals unabhängige Staaten. In multiethnischen Gesellschaften, wie den baltischen Staaten, Georgien, Russland oder der Ukraine, brachte diese Entwicklung große Probleme mit sich. Ökonomischer Erfolg und politische Rechte sind in all diesen Ländern sehr eng mit der ethnischen Zugehörigkeit verknüpft.

Schwieriger Transformationsprozess

Nach dem Zerfall der UdSSR standen die ehemaligen Sowjetrepubliken vor der Herausforderung, sowohl das politische als auch das wirtschaftliche System¹ zu transformieren. Beim Übergang von Staatssozialismus und zentraler Planwirtschaft zur Demokratisierung und zur Marktwirtschaft wurden jedoch oft die sozialen und kulturellen Komponenten außer Acht gelassen und damit auch die Konsequenzen der vielfältigen Transformation für die Bürger vernachlässigt. So wie die Auflösung der Sowjetunion von „oben“ beschlossen wurde, waren auch die Transformationsprozesse eindeutig ein Projekt, das die Eliten des jeweiligen Landes vorantrieben. Von Bedeutung war dabei das Personal, das dieses „Dilemma der Gleichzeitigkeit“² bewältigen musste. Einerseits war es der Einfluss der alten Elite, mitunter der Nomenklatura, der ein gesellschaftliches System entstehen ließ, was weder eindeutig demokratisch noch eindeutig autokratisch war. Andererseits gab es in den jungen Staaten, vor allem Anfang der 1990er-Jahre, kaum ausreichende Kontrollmechanismen durch die Bevölkerung, geschweige denn eine entwickelte Zivilgesellschaft, die sich ausreichend Gehör verschaffen konnte. Staaten wie die Ukraine haben sich zwar 1991 auf den Pfad der liberalen Demokratie begeben, sind aber in der Grauzone³ verhaftet, sprich: Das politische System vereint demokratische wie autoritäre Elemente, weswegen ein schlichtes Schwarz-Weiß-Denken diese Realität nicht erfasst. Die Verquickung von wirtschaftlicher und politischer Macht schuf eine neue Klasse, die großen Einfluss auf die Entwicklung der postsowjetischen

1 Zur wirtschaftlichen Transformation vgl. den Beitrag von Yuliya Yurchenko in diesem Heft.

2 Vgl. Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur 45(4), S. 279–292.

3 Vgl. Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: Journal of Democracy, 13(1), S. 5–21.

Staaten ausübt. Die polnische Soziologin Staniszkis beschreibt diese Systeme mit dem Begriff des „politischen Kapitalismus“.⁴ Somit erwachsen nach Ende der Sowjetunion instabile, periphere Volkswirtschaften, gepaart mit fragilen politischen Systemen, die – wie in der Ukraine deutlich wird – von Machtkämpfen zwischen den unterschiedlichen Oligarchenclans und ihren jeweiligen wirtschaftlichen Interessen geprägt sind.

Verschiedene Ethnien, unterschiedliche Geschichten

Zu den klassischen Komponenten des Nationalstaats, wie sie sich im 19. Jahrhundert in Westeuropa herausgebildet haben, zählen das eindeutig definierte Staatsgebiet, auf dem das Staatsvolk lebt. Diese beiden Aspekte sind zwei Kriterien, die für eine politische Transformation bedeutsam sind, und werden im Folgenden exemplarisch beschrieben. Hinsichtlich des Staatsgebiets waren die Grenzen der Ukraine – zumindest bis März 2014 – mit denen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik seit 1954 identisch. Durch die Abspaltung der Krim und die einseitigen Unabhängigkeitserklärungen der Volksrepubliken im Osten der Ukraine wurden diese Grenzen verschoben; vor allem auf der Krim unterstützte der Großteil der dortigen Bevölkerung dies. Das verdeutlichte nicht zuletzt die Rolle der Nationenbildung und des entsprechenden Zugehörigkeitsgefühls. Die Frage nach der ukrainischen Nation ist nicht neu, sie hat aber durch den Zerfall der UdSSR eine neue Relevanz erhalten. Wie in den meisten Nationenbildungsprozessen geht es dabei primär um die Abgrenzung zu anderen – zu Polen und nun zu Russland – und das Definieren des Eigenen.

Für das heutige Gebiet der Ukraine lässt sich allerdings feststellen, dass in Bezug auf die Geschichte sehr unterschiedliche Denk- und Erinnerungstraditionen parallel existieren. Während die Ostukraine als Provinz „Neurussland“ ab Mitte des 18. Jahrhunderts Teil des Zarenreiches war, fielen Teile der Westukraine (Ostgalizien) im selben Zeitraum an die Habsburgermonarchie. Die Ostukraine hat sich in der Folgezeit zu einem wichtigen industriellen Zentrum entwickelt und der Westen ist bis heute hauptsächlich landwirtschaftlich geprägt. Dies erklärt u. a. die multiethnische Bevölkerungsstruktur im Osten im Vergleich zum Westen der Ukraine. Eine einheitliche nationale Geschichtsschreibung müsste diese Ambivalenzen berücksichtigen, sonst wird sie dem

4 Vgl. Staniszkis, Jadwiga (1991): *The Dynamics of the Breakthrough in Eastern Europe: The Polish Experience*. Berkeley.



Ilja J. Repin: Die Wolgatreidler

multiethnischen Charakter des Landes nicht gerecht. Eine ethnisch-kulturelle Fundierung der ukrainischen Gesellschaft aus der Geschichte abzuleiten, erweist sich daher als problematisch.

Der Begriff des Staatsvolkes hingegen verweist primär auf eine rechtliche Zugehörigkeit von Menschen zu einer politischen Gemeinschaft. Dennoch lässt sich dieses von der Frage der nationalen Identität nicht trennen, denn das Staatsvolk wird häufig symbolisch auf dem Feld der Geschichtsdeutung⁵ und Sprachpolitik konstituiert. Zwar veränderten die durch die Industrialisierung forcierten Migrationsströme aus Teilen der UdSSR in die Teilrepublik Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg deren ethnische Zusammensetzung, da der Anteil der Russen von 1959 bis 1989 von 17 Prozent auf 22 Prozent anstieg. Der Zensus von 2001 zeigte jedoch, dass die Russen nur noch 17,2 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.⁶ Diese sind vor allem im Osten und Südosten angesiedelt. So leben in Sewastopol – laut Zensus von 2001 – 71,6 Prozent ethnische Russen, auf der Krim 58,3 Prozent, im Luhansker Oblast 39 Prozent und im Oblast Donezk 38 Prozent. Allerdings ist die russische Sprache wesentlich weiter verbreitet, als man daraus herleiten könnte. So gaben 29 Prozent an, dass Russisch ihre Muttersprache sei, vor allem in den bereits erwähnten Gebieten Luhansk (69 Prozent) und Donezk (75 Prozent).⁷ Es zeigt sich eben keine lineare Zuordnung von ethnischer Identität und Sprache. Auch wenn seit der Unabhängigkeit die Anzahl

⁵ Vgl. den Beitrag von Victor Apryshchenko in diesem Heft.

⁶ Vgl. Jürgens, Anne (2014): Migration, Integration und Frustration? Die russischsprachige Bevölkerung in Estland und der Ukraine vor und nach dem Systemwechsel. Ostblick 5/2014, S. 86.

⁷ Vgl. <http://2001.ukrcensus.gov.ua/eng/> (abgerufen am 28.5.2015).

der Personen, die sich zwar als Ukrainer bezeichnen, aber Russisch als Muttersprache angeben, leicht gesunken ist, schien dies in der Ukraine etwa im Vergleich zu den baltischen Staaten Estland und Lettland ein weniger konfliktträchtiges Feld zu sein. Allerdings kam es auch vor dem aktuellen Konflikt zu einer Instrumentalisierung der Sprachenpolitik im Wahlkampf. Sowohl im Bildungssystem als auch in den öffentlich-rechtlichen Medien wurde Ukrainisch durch Wiktor Juschtschenko im Zug der Orangen Revolution gestärkt. Offizielles Ziel war die Integration der russophilen Bevölkerungsgruppen. Dieses wurde unter Janukowitsch 2010 wieder rückgängig gemacht und ebenfalls die Verwendung von Regionalsprachen zugelassen. Auch im Wahlkampf 2012 kam es zu Versuchen der Polarisierung der Gesellschaft vor dem Hintergrund von Sprachenpolitiken, obwohl nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung diesem Thema eine Bedeutung zumaß.⁸ Der gescheiterte Versuch der Übergangsregierung, Anfang 2014 ein restriktives Sprachengesetz zu verabschieden, kann ebenso als ein Akt der Provokation gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine und Ablenkungsmanöver gewertet werden.

Die Frage der Zugehörigkeit und der Identität lässt sich auch anhand des Wahlverhaltens ablesen. So zeigten die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014 starke Unterschiede zwischen den Regionen. Vor allem im Westen der Ukraine stimmte man mehrheitlich für die im September neu gegründete Partei „Volksfront“ von Arsenij Jazenjuk. In der Zentralukraine konnte sowohl die Volksfront als auch die Partei des Präsidenten „Block Petro Poroshenko“ besonders viele Stimmen erzielen. Der Osten, sofern man dort an der Parlamentswahl teilnahm, stimmte vor allem für den russlandfreundlichen „Oppositionsblock“ ab, ein Zusammenschluss verschiedener kleiner Parteien.⁹ Die Wahlbeteiligung zeigte eine ähnliche Tendenz. Sie lag im Westen mitunter doppelt so hoch wie im Osten des Landes. So wählten in den Oblasten Lwiw 70 Prozent, Ternopil 68 Prozent und Iwano-Frankiwsk 64 Prozent der Bevölkerung, im Gegensatz zur niedrigen Wahlbeteiligung in Donezk (32,4 Prozent), Luhansk (32,8 Prozent) und Odessa (39,5 Prozent).¹⁰ Die Zahlen zeigen sicher nur eine Tendenz, allerdings eine eindeutige.

8 Vgl. Guttke, Matthias / Hartmut Rank (2012): Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine; <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/> (abgerufen am 8.6.2015).

9 Vgl. <http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp315E?PT001F01=910> (abgerufen am 28.5.2015).

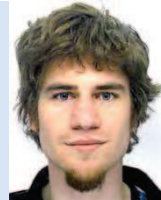
10 <http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp084e?PT001F01=910> (abgerufen am 28.5.2015).

Fazit

Zwar führten die Proteste auf dem Maidan zum Sturz der Regierung Janukowitschs. Der gesellschaftliche Demokratisierungsprozess ist aber ins Stocken geraten. In vielen Bereichen bewegt sich die Ukraine in eine zunehmend autoritäre Richtung. Besonders die Spannungen mit Russland führten dazu, dass ein Teil der ukrainischen Eliten von der veränderten Situation profitieren konnte. Die Wahl des Oligarchen Victor Poroschenko zum Präsidenten steht sinnbildlich für diese Entwicklung. Sein Wohlstand beruht auf skrupellosen Bereicherungsstrategien in den 1990er-Jahren. Ankündigungen vor der Wahl, seinen Konzern nach erfolgter Wahl zu veräußern, um möglichen Interessenkonflikten vorzubeugen, hat er bisher nicht umgesetzt. Der Krieg in der Ostukraine wird zudem von einer Einschränkung der Medien- und Versammlungsfreiheit begleitet. Die Aufklärung politischer Morde an Journalisten und Oppositionspolitikern sowie die der Erschießung von Demonstrierenden auf dem Maidan werden z. T. vom Staat aktiv verhindert. Eine wirkliche Bearbeitung der oben dargestellten Krisenphänomene genießt keine Priorität. Eine nachhaltige nationale Entwicklung der Ukraine rückt damit in weite Ferne. 🌐

Felix Jaitner

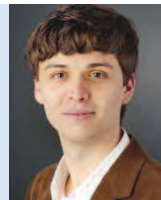
geb. 1986, Doktorand, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien
felix.jaitner@univie.ac.at

**Dr. Tina Olteanu**

geb. 1975, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien
tina.olteanu@univie.ac.at

**Tobias Spöri**

geb. 1988, Doktorand, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien
tobias.spoeri@univie.ac.at



Der Traum vom Imperium?

Russische Mythen in der Ukrainekrise

Victor Apryshchenko

Das Verhältnis Russlands zur Ukraine ist stark von historischen Vorstellungen geprägt. Nach wie vor sehen die meisten Russen diese als Teil ihrer Nation an, sodass sich nationaler und imperialer Diskurs vermischen. Die „Geschichtspolitik“ der Putin-Administration ist auf die Festigung des Staates gerichtet und soll die eigene Politik gegenüber der Ukraine untermauern.

Anfang November 2014 wurde in einer der größten Ausstellungshallen Moskaus eine neue Geschichtsschau eröffnet. Ihr Titel: „Die Orthodoxe Rus. Meine Geschichte: Die Rurikiden.“ Ihre zentralen Aussagen: Die russische Zivilisation ist außergewöhnlich; die orthodoxe Kirche ist die die Nation definierende kulturelle Institution und ein starker, zentralisierter Staat ist notwendig als Schutz gegen äußere und innere Feinde. Der Schwerpunkt der Ausstellung lag auf der mittelalterlichen Geschichte Russlands, die durch die Dynastie der Rurikiden personifiziert wurde. Die Taten der 21 Fürsten und Zaren der Dynastie wurden in einem epischen Stil dargestellt, stark geprägt von der russischen Kunst des 19. Jahrhunderts.

Einige Wochen nach den „Rurikiden“ hielt Wladimir Putin seine jährliche Präsidentenansprache zur Lage der Nation in der Föderationsversammlung, in der er sich ungewöhnlich breit auf die Geschichte bezog. Die Vereinigung der Krim und Sewastopols mit Russland bezeichnete er als großes historisches Ereignis. Die Halbinsel sei die spirituelle Quelle der Entwicklung der russischen Nation und des zentralisierten russischen Staates, denn dort wurde Großfürst Wladimir getauft, bevor er das Christentum in die Rus brachte. Das hätte sich als eine mächtige einigende Kraft erwiesen, die dazu beitrug, die verschiedenen Stämme der großen ostslawischen Welt in die Schaffung einer russischen Nation und eines russischen Staates einzubeziehen. So hätte die Krim eine unschätzbare zivilisatorische und sogar sakrale Bedeutung für Russland, wie der Tempelberg in Jerusalem für die Anhänger des Islams und des Judentums.¹

¹ Vgl. <http://en.kremlin.ru/events/president/news/47173> (abgerufen am 21.5.2015).

„Russkij Mir“ und „Novorossija“

Historische Themen haben in Putins öffentlichen Erklärungen immer eine Rolle gespielt. Aber in der Ukraine Krise erhielten die Krim und „Neurussland“ („Novorossija“) einen besonderen Platz. Die Bedeutung der Krim resultiert aus der Tatsache, dass sie im Jahre 988 der Taufort des Kiewer Fürsten Wladimir war, damit der vermeintliche Ursprung einer auf der Orthodoxie beruhenden ostslawischen Zivilisation. Die Aufgabe des Kremls, die Einwohner von „Neurussland“ zu verteidigen, wird mit der historischen Erklärung gerechtfertigt, dass die Region aus Gebieten bestehe, die unter Katharina der Großen in der Süd- und Ostukraine erobert wurden. Während „Novorossija“ mittlerweile eher ein Randthema in der öffentlichen Debatte ist, eint die Krim nach wie vor die Russen. Um diesen Konsens in eine dauerhafte Unterstützung für die Verteidigung russischer politischer Interessen in der Ukraine umzuwandeln, hält der Kreml am Fokus auf die mittelalterliche Geschichte Russlands fest. Im Vordergrund stehen Russlands nicht westliche Werte, die Wahrung der nationalen Einheit sowie die historischen und kulturellen Verbindungen, welche die ostslawische Welt einen. Dazu schrieb Alexej Miller, Historiker an der Russischen Akademie der Wissenschaften: „Es ist durchaus möglich, dass aus einer historischen Perspektive 2014 als der Beginn eines langen Prozesses der Mobilisierung der Zivilgesellschaft betrachtet wird, und zwar auf einer Grundlage, die nicht nur antiliberal, sondern auch nationalistisch ist.“²

Eine der wichtigen russischen historischen Vorstellungen ist verbunden mit dem populären imperialen Diskurs, dass die Ukraine zurückgeholt werden müsse. Wohin und von wo? Im historischen Massenbewusstsein, das von staatlich kontrollierten Medien genährt wird, ist die Ukraine von ihrem Entwicklungsweg abgewichen, als sie sich von Russland trennte. Gleichzeitig tendiert das russische Bewusstsein mit seiner starken messianischen Komponente dazu, die Ukraine auf ihren echten Entwicklungsweg und in die sichere slawische Brüderlichkeit zurückführen zu wollen. Die Krim ist das augenfällige Beispiel. Putin habe den Fehler korrigiert, der vom sowjetischen Führer Nikita Chruschtschow 1954 begangen wurde. Diese Ideen sind verbunden mit Putins Wunsch nach einer „Russischen Welt“ („Russkij Mir“). Natürlich ist das auch eine Manifestation des russischen Messianismus.

2 Miller, Alexej (2014): A Year of Frustrated Hopes, in: Russia in Global Affairs, Nr. 4.

Die ukrainischen Nationalisten wie auch die russische Seite haben der ukrainischen Vergangenheit seit jeher höchste Aufmerksamkeit geschenkt. In der Moderne war das imperiale Bewusstsein ein permanenter Faktor in den russisch-ukrainischen Beziehungen, der auch die entsprechenden populären Diskurse in Russland beeinflusst hat. So wird die gemeinsame Vergangenheit im zeitgenössischen Russland eher als eine russische Vergangenheit verstanden. Viele Beispiele zeigen, wie das russische Modell in verschiedenen Teilen des Imperiums implementiert wurde, einschließlich der Ukraine. Der Prozess der Russifizierung hatte sicher verschiedene Formen, war aber immer auf die russische Kultur und Politik ausgerichtet. Das ukrainische Zugehörigkeitsgefühl zu Russland war in der Ukraine so allgegenwärtig wie im russischen Kernland des Reiches. Die Akzeptanz von russischen Idealen in der ukrainischen Vergangenheit war sicherlich damit verbunden, dass es zwischen Russophilen und Ukrainophilen keine ideologischen Kämpfe gab. Während der Bildung europäischer Nationen im 19. Jahrhundert brachten es die Ukrainer zu keinem voll entfalteten „romantischen“ Nationalgefühl. Im Unterschied zu den Schotten, Iren, Ungarn, Polen und den meisten anderen historischen Nationen Europas, die in dieser Phase keine zivile oder politische Autonomie besaßen. Zu Zeiten der Sowjetunion war das ebenfalls nicht möglich. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zwar zu einer verspäteten nationalistischen Bewegung, die aber durch die tiefen historischen Verbindungen zwischen der Ukraine und Russland eingeschränkt wurde.

Die Mission Russlands und die Sprache

In diesem Kontext wird die Mission Russlands darin gesehen, die russische Sprache in der Ukraine zu „befreien“. Einerseits musste Russland intervenieren, da die Russen in der Ukraine gezwungen wurden, Ukrainisch zu sprechen. Formal existierte aber das Gesetz, das Russisch als offizielle Sprache verbot, nur einige Wochen und war sicherlich ein großer Fehler der ukrainischen Behörden. Das ist aber nicht gleichzusetzen mit Katalonien unter dem Franco-Regime, als Menschen inhaftiert wurden, wenn sie Katalanisch sprachen. Russen haben in der Ukraine weit mehr Sprachfreiheit. Die meisten Russischsprechenden dort sind allerdings gar keine Russen. Andererseits meinen viele Russen, dass es eigentlich keine ukrainische Sprache gäbe. Es handelt sich jedoch um eine Sprache mit einer literarischen Tradition, die von Millionen von Menschen gesprochen wird.

Diese spezielle Mission Russlands ist ein wichtiges Element der imperialen wie auch der Ideologie einer Nation, die ihr Projekt eben erst gestartet hat. Jedes imperiale Bewusstsein tendiert dazu, Gedanken, Gefühle und Fantasien der Menschen zu vereinheitlichen. Das wurde mittels eines starken kulturellen Apparates durchgesetzt. Das kulturelle Erbe, einschließlich historischer Monumente und Texte, ist eines der Mittel in der Erinnerungskultur. Die europäische Geschichte zeigt, dass eine der Methoden, um Erinnerung zu beeinflussen, darin besteht, ein neues Erinnerungsnarrativ zu schaffen. Oder es wird eine Tradition erfunden, was in der Realität aber eher auf eine Wiederbelebung alter Symbole im neuen Kontext hinausläuft.

Verschiedene Traditionslinien

In der Ukraine Krise überlappen sich zwei Traditionen. Die erste ist die Tradition des russischen Imperiums mit der Dominanz des Zentrums und der Betonung der historischen Einheit zwischen der Ukraine und Russland. Die zweite ist eine nationalistische Tradition, die unter Berücksichtigung verschiedener historischer Fakten erfunden wurde. Was die Methoden der Geschichtsschreibung betrifft, haben beide Traditionen viele Gemeinsamkeiten, etwa Messianismus und Egalitarismus, Kampf um die Sprache und die Tendenzen zur Vereinheitlichung der Öffentlichkeit. Inhaltlich sind die russischen Geschichtsvorstellungen allerdings sowohl imperial als auch national. Sie sind national, wenn sie innere Probleme beschreiben, und imperial, wenn es um die Geschichte der Nachbarstaaten geht und das Konzept einer Nation auf die Ukraine angewandt wird. „Novorossija“ als Bezeichnung für die südöstlichen Teile der Ukraine ist ein typisches russisches Denkmuster hinsichtlich der Geschichte und Politik der Ukraine.

„Imperiale Situation“

Es wäre aber falsch, das gegenwärtige Russland und seine Politik als Imperium zu betrachten; es handelt sich wohl eher um eine Standardphrase. Auf diese Mischung imperialer und nationaler Diskurse in den aktuellen russischen Geschichtsvorstellungen trifft der Terminus „imperiale Situation“ eher zu. Diese imperiale Situation hat drei Merkmale: Erstens handelt es sich um interne Hierarchie und externe Abgeschlossenheit. Um ideologische Kontrolle auszuüben, nutzt die russische Regierung ein verzweigtes hierarchisches System, das auf persönlichen Beziehungen basiert, d. h., es geht eher

um personelle und emotionale als um legale Loyalität. Zweitens soll sozialer Traditionalismus als Instrument der sozialen Konsolidierung dienen, auf der Basis eines traditionellen Kommunalismus, wobei die kollektive Identität gegenüber der personellen Priorität besitzt und die Rolle der Orthodoxie als Hort russischer Werte betont wird. Drittens schließlich haben emotionale Erklärungen den Vorrang vor rationalen. Wenn Kreml-Ideologen auf die mächtige russische und sowjetische Vergangenheit verweisen, beschwören sie das kollektive Gedächtnis herauf, welches das Volk gegen äußere Feinde vereinigen soll. So zitierte eines der Informationsposter der eingangs erwähnten Rurikiden-Ausstellung Iwan Iljin, einen von Putin bewunderten konservativen Philosophen, was beispielhaft für die antiwestliche, nationalistische Orientierung der Ausstellung steht: „Die westlichen Völker fürchten unsere Zahl, unsere Geschlossenheit, unsere Einheit, unsere wachsende Stärke, unsere mentale und spirituelle Lebensweise, unseren Glauben und unsere Kirche, unsere Wirtschaft und unsere Armee. Sie fürchten uns und um sich zu beruhigen, überreden sie sich selbst, dass das russische Volk ein barbarisches, dummes und destruktives Volk sei.“³

Ein wichtiges Ergebnis der staatlichen Geschichtspolitik ist, dass die Frage der ukrainischen Vergangenheit von der Sphäre der Geschichte und Kultur auf das Gebiet der Politik und Sicherheit verlagert wurde. Da die Ukraine im Brennpunkt russischer strategischer Interessen steht, hält das russische öffentliche Bewusstsein die Ukraine Krise für eine Bedrohung der russischen Sicherheit. Die Annexion der Krim war Teil der Sicherheitsüberlegungen und der Slogan „Krim, willkommen zu Hause!“ wurde mit der Geschichte begründet. Zugleich bedeutet die Betonung der Sicherheitsfrage in der ukrainischen Vergangenheit, dass die Geschichte als staatliche strategische Zuflucht betrachtet wird. Und das ist möglicherweise auch das Hauptziel der russischen postsowjetischen Geschichtspolitik. 🌐

Aus dem Englischen von Hubert Thielicke

3 Iljin, Ivan (1956): O Russkom National'nom Samostoyanii in Nashi Zadachi. Paris. Band 1, S. 191.



Prof. Dr. Victor Apryshchenko

geb. 1976, Direktor des Instituts für Geschichte und internationale Beziehungen an der Südlichen Föderalen Universität in Rostow am Don, Russland
victorapr@sfnu.ru

Reift ein dritter Maidan?

Die Ukraine zwischen Transformation und sozialökonomischer Krise

Yuliya Yurchenko

Den Transformationsprozess begann der junge ukrainische Staat mit außerordentlich günstigen Ausgangsbedingungen. Von außen aufge-drängte Reformen, aber vor allem die ursprüngliche Kapitalakkumulation durch die neue kleptokratische Oligarchenschicht stürzten das Land schließlich in eine tiefe sozialökonomische Krise. Das führte letztlich zu den Maidan-Ereignissen und zum Bürgerkrieg im Osten des Landes.

Als die UdSSR zerfiel, hatte die Ukraine nach einem Bericht der Deutschen Bank von 1990 das beste Potenzial für Wirtschaftswachstum.¹ Jedoch schon 20 Jahre später zeigten landesweite Untersuchungen des Kiewer Unabhängigen Instituts für Soziologie, dass 2012 15 Prozent der Ukrainer in absoluter und 32 Prozent in relativer Armut lebten.² Im Jahr zuvor war die Zahl der Millionäre und Milliardäre stark angestiegen; einige befanden sich sogar unter den 500 reichsten der *Forbes*-Weltliste. Den 100 reichsten Ukrainern gehörten 83 Mrd. US-Dollar. Im Mai 2015 erweist sich die ukrainische Wirtschaft als eine der am schlechtesten funktionierenden der Welt: Zwischen 2013 und 2014 sank das BIP in US-Dollar um 28 Prozent und pro Kopf um 24 Prozent.³ Gleichzeitig ist die Ukraine hoch verschuldet – 58 Mrd. US-Dollar Schulden bei einem BIP von 131 Mrd. US-Dollar; der Wechselkurs zum Dollar stieg von 8 Hrywnja (UAH) am 1. Januar 2014 auf 21 UAH am 1. Mai 2015.⁴ Sicher, der Krieg in der Ostukraine führt zu negativen Effekten, aber das ist bei Weitem nicht das einzige Problem. Im Grunde sind die politischen Macher und die Theoretiker der Transformation in der Ukraine gescheitert.

Die „Marketization“ und die Privatisierung waren die Hauptelemente der Reformen, die der Ukraine stark empfohlen wurden. Sie beinhalteten

1 Vgl. Corbet, Michael / Gummich, Andreas (1990): The Soviet Union at the Crossroads. Deutsche Bank, Volkswirtschaftliche Abteilung (ZID), Frankfurt a. M.

2 Vgl. UN (2014): Millennium Development Goals, Ukraine – 2014, [http://www.ua.undp.org/content/dam/ukraine/docs/2014 MDGs Ukraine Report engl.pdf](http://www.ua.undp.org/content/dam/ukraine/docs/2014%20MDGs%20Ukraine%20Report%20engl.pdf) (abgerufen am 8.6.2015).

3 Vgl. NBU (2014), <http://www.bank.gov.ua/control/uk/> (abgerufen am 5.6.2015).

4 Vgl. ebenda.



Ilja J. Repin: Die Saporoger Kosaken schreiben dem türkischen Sultan einen Brief

Während der Perestroika ab 1985 sowie der in den frühen 1990er-Jahren durchgeführten Reformen wandelten sich diese Gruppierungen in die heute bekannten oligarchischen Finanz-Industrie-Gruppen (FIG) um. Sie entstanden während einer oft sehr primitiven Akkumulation, zu der solche Methoden wie Ermordung, Folterung oder Erpressung von „Wettbewerbern“, aber auch die Konzentration der privatisierten Unternehmen in den FIG gehören. Im Parlament passten die prooligarchischen Politiker, aber oft auch die Oligarchen selbst, die Gesetze den aus dem Ausland gegebenen neoliberalen Ideen an. Damit wurden ihre FIG im Grunde durch den Steuerzahler subventioniert; sie erhielten großzügige Steuervergünstigungen und kamen an Offshoreprofite.

Janukowitsch ist das beste Beispiel für die Beziehung zwischen Kriminellen und Politikern: zweimal verurteilt, begnadigt, eng verbunden mit den Sicherheitsdiensten, Karriere als Gouverneur, Premierminister und schließlich Präsident. Seine „Familie“ und seine Freunde – Achmetov, Boyko, Ivanjushchenko – sind Oligarchen mit eigenen Sicherheitskräften, die Protestierende schlagen, Gegner einsperren und die Unternehmensplünderung erleichtern. Dabei ist die Janukowitsch-Familie nur eine Fraktion des Oligarchenblocks, der in der „Transformation“ entstanden ist, die von den neoliberalen Herolden verschrieben wurde.

5 Vgl. Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford University Press, Oxford.

6 Vgl. Godson, Roy (2003): *Menace to Society: Political-Criminal Collaboration around the World*. Transaction Publishers, New Brunswick, NJ.

„Transformation“ und Klasse

Die ökonomistische Transformationsideologie der frühen 1990er-Jahre, empfohlen von den Befürwortern der neoliberalen Marktreform, hat die Wirtschaft der Ukraine auf den Weg der Destabilisierung gebracht. Mehr noch, sie hat die Bedeutung der in Staat und Gesellschaft der Ukraine bestehenden sozialen Institutionen verkannt. Viele sehen die Schuld für die sich entwickelnde Ungleichheit in der Vereinnahmung des Staates durch Oligarchen oder Clans, die persönliche Beziehungen und Korruption nutzten, um ökonomische Ziele wie Steuerhinterziehung und Bevorzugung bei Privatisierungsauktionen zu erreichen. Einige argumentieren, dass die Clans und Eliten noch weiter gingen und einen „kompetitiven Autoritarismus“ förderten, wo politische und administrative Verfolgung genutzt wurde, um politische und ökonomische Konkurrenz auszuschalten.⁷ Andere behaupten, das wäre nach der „Orangen Revolution“ rückgängig gemacht worden,⁸ obwohl es doch mit der Usurpation der autoritären Macht durch Janukowitsch und seine Freunde vollständig wiederkehrte.⁹

Diese Methoden der Clans erklären aber nicht die Ursachen des sozialpolitischen Wechsels in der Ukraine. Das rührt daher, dass oft eine Interessenhomogenität innerhalb dieser Kräfte angenommen wird und teilweise auch die Komplexität der Beziehungen zwischen Staat, Kapital und Gesellschaft, sowohl im Lande als auch im Ausland, ungenügend analysiert wird. Beides kann durch eine Untersuchung der Formierung von Klassen in der Ukraine – Kapitalisten und Besitzlose – korrigiert werden. So haben im Prozess der noch andauernden ursprünglichen Akkumulation und der gleichzeitigen Konzentration von Kapital die rivalisierenden Kapitalfraktionen begonnen, sich als neuer Herrschaftsblock zu institutionalisieren. Sie verdrängen jetzt schrittweise die Neo-Nomenklatura. Gegen Ende der 1990er-Jahre waren im neuen Herrschaftsblock nur noch wenige alte Apparatschiks; er bestand vor allem aus ehemaligen Komsomol-Unternehmern der Perestroika, „roten Direktoren“ und ehemaligen Kriminellen, die nun die aufsteigende Klasse der Kapitalisten (Oligarchen) bildeten. Sie begannen, sich direkt oder

7 Vgl. Levitsky, Stephen / Lucan Way (2010): *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes After the Cold War*. Cambridge, Cambridge University Press.

8 Vgl. Kuzio, Taras (2005): *Regime Type and Politics in Ukraine under Kuchma*. *Communist and Post-Communist Studies*, No. 38, Washington DC, Elsevier, S. 167–190; Alsund, Anders / McFaul, Michael (2006): *Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, Washington DC, Carnegie Endowment for International Peace/Edward.

9 Vgl. Motyl, Alexander: *Ukraine's Orange Blues*, *Foreign Affairs*, 24 June 2011, <http://www.worldaffairsjournal.org/blog/alexander-j-motyl/integrating-authoritarian-ukraine-democratic-europe> (abgerufen am 22.5.2015).

indirekt im politischen Leben zu engagieren: über das Sponsoring von Parteien und über Stellvertreter oder Politiker. Ihr politisches Hauptziel war die weitere Akkumulation von Kapital durch die Aneignung von Staatseigentum und des Geldes der Steuerzahler. Unter diesen Bedingungen basierte der Kampf um Wählerstimmen oft auf populistischen Versprechen und kulturell sensiblen Themen wie Religion, Volkszugehörigkeit und Sprache. „Politische Technologen“ – oft aus Russland – konstruierten eine gehässige Teilung der Wählerschaft in „zwei Ukrainen“, was während der Kampagnen Janukowitsch-Juschtschenko begann.¹⁰ Die der Gesellschaft künstlich aufgedrängten Trennungslinien wurden durch die negativen sozialökonomischen Auswirkungen der neoliberalen Kleptokratie verschlimmert, was schließlich zum Maidan 2013/2014 führte und dann zum Bürgerkrieg.

Antiideologisch: Die Proteste am Maidan

Die Maidan-Proteste kamen weniger aus ideologischen, sondern eher anti-ideologischen Bewegungen. Nach einer von Bekeshkina und Khmelko (Stiftung Demokratische Initiativen und Kiewer Internationales Institut für Soziologie) im Dezember 2013 durchgeführten Untersuchung gehörten von 1.037 zufällig ausgewählten Maidan-Teilnehmern 92 Prozent keiner Partei oder NGO an. Die drei am meisten genannten Gründe für die Teilnahme an den Protesten waren: erstens die Repression durch die Polizei, insbesondere das Verprügeln von Protestierenden in der Nacht des 30. November (70 Prozent der Teilnehmer), zweitens die Weigerung des Präsidenten, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen (53,5 Prozent), und drittens der Wunsch, das Leben in der Ukraine zu ändern (50 Prozent). Nur fünf Prozent sagten, dass sie sich den Protesten als Reaktion auf die Appelle der Führer der politischen Opposition anschlossen.

Es handelte sich damals und heute eher um einen „historischen Block“. Er ist amorph, wird aber stärker. Die auf dem Maidan anzutreffenden rechten Elemente werden entweder marginalisiert, was die Svoboda schon spürt, oder sie werden zum Opferlamm für die Akkumulationsbedürfnisse der Oligarchen, die das Volk vor allem zum Protest führten. Das Opfer zeigt sich nun in der achtungslosen Haltung der gegenwärtigen Führung gegenüber den Freiwilligenbataillonen im Osten der Ukraine. Sie werden oft unterbezahlt und nicht formal als Teilnehmer einer Militärkampagne registriert.

10 Vgl. Wilson, Andrew (2005): *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World*, New Haven, CT, Yale University Press.

Ihre Familien kämpfen darum, eine Art staatliches Begräbnis für die Gefallenen zu bekommen, ganz zu schweigen von einer finanziellen Unterstützung für die überlebenden Familienmitglieder.

Der Maidan von 2013/2014 war gegen das Unrecht gerichtet, das verursacht wurde durch die neoliberale Kleptokratie, die Korruption der Justizbehörden, die räuberische Polizei und die weitverbreitete Unterschlagung von Staatseigentum angesichts sich ständig verschlechternder Lebensbedingungen. Das war der Kulminationspunkt einer Unzufriedenheit, die mehr als 20 Jahre reifte, sowohl im Osten als auch im Westen des Landes, und die organisierte Arbeiterschaft einschloss. Der Unmut über steigende Lebensmittelpreise (58 Prozent) und kommunale Mieten (54 Prozent), Verlust des Arbeitsplatzes (34 Prozent), Lohn- und Rentenrückstände (32 Prozent), Korruption (27 Prozent) und Kriminalität (20 Prozent)¹¹ – das sind die Probleme, die das ukrainische Volk vereinen. Und nicht die EU oder die NATO, obwohl ihre Popularität angesichts der gegenwärtigen Krise wächst.

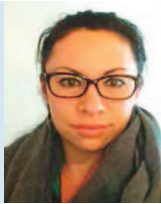
Ein neuer Maidan?

Die 1991 begonnene politisch-ökonomische Transformation der Ukraine kann man nicht getrennt sehen von der neoliberalen Umstrukturierung der Weltwirtschaft seit den 1970er-Jahren, die gekennzeichnet war durch eine Neuregulierung der internationalen Handelsregimes, die Überbetonung der Finanzmärkte und die Transnationalisierung des Staates als Institution. Dies erlaubte dem Kapital, staatliche Kontrollen zu umgehen und damit die Staatshaushalte auszuhöhlen. Ähnlich wie in anderen „Transformationswirtschaften“ gaben in der Ukraine die internationalen Finanzinstitutionen IWF, Weltbank und EBRD den Transformationsraum vor, mit dem Segen einflussreicher EU- und US-Lobbys wie European Round Table of Industrialists (ERT) und International Chamber of Commerce (ICC). Dieser Raum wurde erweitert durch aus- und inländische kapitalistische Kräfte, die die Wirtschaft des Landes in einen Kampf um die Kapitalakkumulation verwickelten, legal und illegal. Die Verbindung neoliberaler Marktreform mit dem politisch abgesicherten kleptokratischen und heterogenen Herrschaftsblock hat die erhitzte Atmosphäre im Land geschaffen, die nach der Flucht von Janukowitsch nicht verschwunden ist. Stattdessen hat sich die Herrschaft der neoliberalen Kleptokraten weiter verstärkt. Der Krieg im

¹¹ Vgl. Center for Social and Labour Research (2014): How did the Protests Change after a Year since Maidan?, <http://csrlr.org.ua/en/how-did-the-protests-change-after-a-year-since-maidan/> (abgerufen am 22.5.2015).

Osten dient jetzt als Begründung für neue antisoziale Sparmaßnahmen, die den Oligarchen weitere Freiheiten verschaffen und gleichzeitig IWF und EU zufriedenstellen. Das alles führt zu weiteren Auslandsschulden des Staates und macht die Regierung empfänglicher für externe Einmischung, wobei natürlich auch die ukrainische Wirtschaft insgesamt verwundbarer wird. Diese Entwicklungen lassen die öffentliche Ablehnung des offiziellen Kiew anwachsen, was sich in der steigenden Anzahl von Protesten im Lande zeigt, wie Untersuchungen des Zentrums für Soziale und Arbeitsforschung belegen. Der zweite Maidan hat nicht zu der Veränderung geführt, für die bereits viele starben; der dritte könnte schon im Lande reifen. 🌐

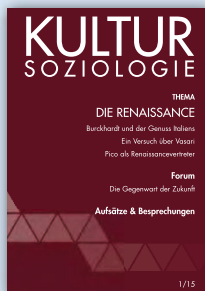
Aus dem Englischen von Hubert Thielicke



Dr. Yulija Yurchenko

geb. 1982, Lecturer in International Business, University of Greenwich
y.yurchenko@gre.ac.uk

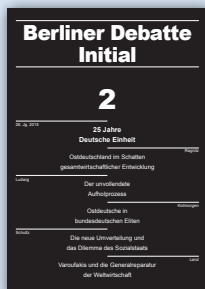
ANZEIGE



Die Renaissance Kultursoziologie 1/15

Die Gesamtwirkung der Renaissance in der europäischen Sozial- und Kulturgeschichte ist derart umfassend, tiefgreifend und weitreichend, dass sie die Geschichtsschreibung seit Jahrhunderten beschäftigt. Für die Kultursoziologie ist sie seit etwa 100 Jahren Gegenstand spezieller Studien. Im Thema werden Werke prägender Denker und Erforscher der Renaissance in Erinnerung gerufen: Werke von Jacob Burckhardt, Peter Burke, Giorgio Vasari, Alfred von Martin, Giovanni Pico della Mirandola und Lucien Febvre.

WeltTrends, Potsdam 2015 | ISSN 0941-343X | 108 Seiten | 9,90 Euro



25 Jahre Deutsche Einheit Berliner Debatte Initial 2/2015

Die Herstellung der deutschen Einheit setzte im Osten Deutschlands einen umfassenden Adaptions-, Transformations- und Integrationsprozess in Gang, der alle Lebensbereiche erfasste. Der Vereinigungsprozess führte zu einer Umgestaltung der neuen Bundesländer und der gesamte bundesrepublikanischen Gesellschaft. Jedoch sind wichtige Ziele der Vereinigungsprozess keineswegs abgeschlossen.

WeltTrends, Potsdam 2015 | ISBN 978-3-945878-01-9 | 146 Seiten | 15,00 Euro

Failing State Ukraine? – It's the enemy, stupid!

Die Inszenierung des Ukraine Konflikts als Kalter Krieg

August Pradetto

Die Ukraine, in den fast 25 Jahren Unabhängigkeit von Oligarchengruppen fast zugrunde gerichtet, mutierte nach den Maidan-Ereignissen zum *failing state*. Sowohl der Westen als auch Russland inszenieren die ukrainische Krise als neuen Kalten Krieg. Am meisten profitiert davon die Kiewer Führung, die jetzt mit westlichen Dollar-Milliarden gestützt werden muss.

Die Ukraine hat unter ihren postkommunistischen Präsidenten bis in die Jetztzeit dort weitergemacht, wo in Russland Ende der 1990er-Jahre Schluss war. Der wilde Privatisierungskapitalismus ging fast unvermindert weiter. Die politische Auseinandersetzung drehte sich im Wesentlichen um die Frage, welche Oligarchengruppen den dominierenden Einfluss nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Staat und Politik ausüben. So lebte die Ukraine nach ihrer Unabhängigkeit ein Vierteljahrhundert lang vor allem von der Substanz. Aufgebraucht war diese Substanz eigentlich schon 2009. Nicht für die milliarden schweren Oligarchen, die gute Geschäfte mit Russland wie mit dem Westen machten. Aber für die Masse der Bevölkerung. 2009 befand sich die Landeswährung im freien Fall, die Inflation stieg monatlich um zweistellige Raten und Kiew konnte seine Schulden für russisches Gas und Öl nicht mehr bezahlen. Die Konsequenz war, dass bei den Präsidentschaftswahlen 2010 diejenigen, die sich seit der Orangen Revolution 2004 als demokratische Freiheitshelden inszeniert, aber in der Praxis das Chaos nur vergrößert hatten – Julija Timoschenko, Wiktor Juschtschenko, Arseni Jazenjuk – abgewählt wurden. Wiktor Janukowitsch, dessen Partei der Regionen ihre Basis eher in der Ostukraine hat, gewann die Mehrheit.

Darüber war man auch im Westen froh. Denn der neue Präsident kündigte einen „harten Reformkurs“ an, fuhr zuerst nach Brüssel, dann nach Moskau, und begann Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Die Freude war verfrüht. Auch Janukowitsch und sein zeitweiliger Wirtschaftsminister Petro Poroschenko konnten oder wollten den übermächtigen Oligarchen nichts entgegensetzen, um den weiteren Verfall des Landes aufzuhalten. Immerhin listete *Forbes* Poroschenko mit geschätzten 1,6 Milliarden Dollar auf Platz sieben der ukrainischen Oligarchen.

Von der Unabhängigkeit zum *failing state*

Im November 2013, nach der Nichtunterzeichnung des geplanten EU-Abkommens durch Janukowitsch, begann der „Maidan“, der drei Monate später zur Absetzung des Präsidenten und zur Einsetzung des insbesondere von Washington unterstützten Arseni Jazenjuk als Ministerpräsident führte. Der war zwar bei den Präsidentenwahlen 2010 mit sechs Prozent der Stimmen durchgefallen, Washington hielt ihn aber wegen seiner proamerikanischen Haltung, seiner antirussischen Rhetorik und seines strammen NATO-Beitrittskurses für den geeigneten Kandidaten. Im Zuge des Maidan wurde aus der Ukraine ein *failing state*: Nicht mehr nur die Ökonomie, das Gesundheits- und Ausbildungswesen, die Struktur der öffentlichen Dienstleistungen und insgesamt die Lebensverhältnisse waren zerrüttet. Nun lösten sich auch die administrativen und Ordnungsstrukturen im Land auf. Die Staatsgewalt wurde privatisiert, es bildeten sich Milizen, die die Polizei herausforderten und öffentliche Gebäude besetzten. Die Armee begann sich aufzulösen. Die am 22. Februar 2014 in Kiew eingesetzte neue Führung tat viel, um diesen Prozess zu beschleunigen. Die nationalistische und anti-russische Rhetorik des neuen Regierungschefs Jazenjuk, rechtsextremistischer Milizenführer wie Dmytro Jarosch, der Chef des Prawij Sektor, oder Rechtsradikaler wie Oleh Tjahnybok, Vorsitzender von Swoboda, spalteten das Land und die Bevölkerung und paralyisierten die Armeeführung, deren ethnisch und sprachlich übergreifende Identität plötzlich von der polarisierenden Frage „pronationalukrainisch oder prorussisch“ überlagert wurde.

Vor diesem Hintergrund kam es nur wenige Wochen nach dem Machtwechsel in Kiew zur Sezession der Krim. Auf der Krim waren 18.000 ukrainische Streitkräfte stationiert, aber nur wenige wollten sich unter dem Druck der neuen Kiewer Führung für „prowestlich“ erklären oder gar gegen die Russen kämpfen. Der größte Teil der Krimbevölkerung versteht sich ja ethnisch und sprachlich ohnehin als russisch. Nach dem – eindeutig völkerrechtswidrigen – Beschluss der Moskauer Duma auf „Eingliederung“ der Krim in die Russländische Föderation quittierte ein Drittel der dort stationierten Streitkräfte den Dienst, ein Drittel wechselte in die Russische Armee und der Rest ging zurück auf das Festland.

Die Auflösung der ukrainischen Armee war auch der Grund, warum den Abspaltungen im Luhansker und Donezker Gebiet, die ab Anfang April 2014 folgten, wenig entgegengesetzt werden konnte. Nominell bestand die ukrainische Armee aus etwa 130.000 Land-, See- und Luftstreitkräften, etwa

2.000 Kampfpanzern, etwa 200 schwerer Artillerie und ca. 200 Kampfflugzeugen. Dazu kamen 40.000 Spezialkräfte des Innenministeriums und noch einmal etwa 30.000 Mann Grenzschutz. Das qualitative Niveau der ukrainischen Armee und Sicherheitskräfte war schon seit den 1990er-Jahren immer weiter gesunken. Aber nach der Abspaltung im Südosten konnte die Kiewer Führung nicht einmal 4.000 Mann in Bewegung setzen, um nach dem Zerfall der staatlichen Ordnungsstrukturen der folgenden territorialen Auflösung die Stirn zu bieten. Und diese 4.000 rekrutierten sich auch noch zum größeren Teil aus jenen rechtsextrem-nationalistischen Milizen wie dem Prawij Sektor. Die Separatisten im Osten bestanden ebenfalls vor allem aus Milizen, die sich im Zuge der Auflösung des Gewaltmonopols des Staates gebildet hatten, teils auch aus ukrainischen Militärs, die sich aus den Kasernen im Osten des Landes nur zu bedienen brauchten. Dass die ukrainische Armee im Frühjahr und Frühsommer 2014 nicht mit den Separatisten im Südosten fertig wurde, lag nicht vorrangig an Moskau, sondern daran, dass die Ukraine zu diesem Zeitpunkt längst ein *failing state* war, der sein Gewaltmonopol nicht mehr durchzusetzen vermochte. Tausende russischer Soldaten hatten die „Übernahme“ der Krim abgesichert. Aber die massive Unterstützung der Separatisten im Osten und Südosten des Festlandes durch russische Kräfte setzte erst im August ein.

Ost-West-übergreifende Inszenierung

Die Darstellung dieser Lage als Wiederkehr des Kalten Kriegs wurde von November 2013 von allen beteiligten Seiten betrieben. Die auf dem Maidan versammelten Oppositionsparteien inszenierten sich als proeuropäische und prowestliche Kräfte, die gegen den als russland-hörig denunzierten Janukowitsch und seine Moskauer Hintermänner die Freiheit der Ukraine und Europas verteidigten. Sie sahen die Chance, mit der Unterstützung des Westens schnell wieder an die Macht zu gelangen. Die westlichen Politiker, die nach dem gescheiterten Gipfel in Vilnius auf den Maidan zu den Demonstranten strömten, stellten dies dar als Unterstützung für eine „prowestliche Demokratiebewegung“ der Ukraine gegen eine „russische Hegemoniepolitik“, welche die Annäherung des Landes an die EU verhindern wollte. Die Brüsseler Bürokratie, die das Assoziationsabkommen ausgearbeitet und Janukowitsch vergeblich zur Unterschrift vorgelegt hatte, sah den Grund seiner Weigerung nicht darin, dass Brüssel nur eine Milliarde Euro, Moskau dagegen für die ukrainische Beteiligung am Eurasischen Wirtschaftsprojekt

mit Kasachstan und Belarus 15 Milliarden Dollar und eine Reduktion des Gaspreises geboten hatte, was angesichts der katastrophalen finanziellen Lage Kiews eigentlich nur die Ablehnung des EU-Abkommens zuließ. Vielmehr erklärte Brüssel die Kiewer Entscheidung ebenfalls zu einem geopolitischen Entscheidungskampf zwischen den Kräften der Freiheit und jenen der Finsternis russisch-hegemonialer Bestrebungen. Damit konnte man vom Dilettantismus und auch von der Blamage ablenken, die aufseiten Brüssels dem gesamten Assoziationsprojekt anhaftete.

Von Washington war sowieso keine adäquate Analyse der Situation zu erwarten. Die stellvertretende Außenministerin und Verantwortliche für Europa und Eurasien im State Department, Victoria Nuland („Fuck the EU“), tat im Verein mit dem Oberkommandierenden der US- und der NATO-Streitkräfte in Europa, General Philip Breedlove, und ihrem ukrainischen Schützling Jazenjuk alles, um der Blaming&bashing-Strategie gegen Russland und Putin die nötige Schärfe zu verleihen. Die Ukraine Krise bot nun *die* Gelegenheit, Moskau zu isolieren, die Europäische Union wieder proamerikanischer zu machen, den Westen in Sanktionen gegen Russland zusammenzuschließen, dem lange beklagten Verfall der militärischen Moral europäischer NATO-Verbündeter ein Ende zu setzen, ihre Ausgaben für militärische Belange wieder steigen und all die unappetitlichen Affären vom Abhören „befreundeter“ Staatschefs bis Guantánamo in den Hintergrund treten zu lassen. Und schließlich Moskau. Es inszenierte den Ukrainekonflikt als Neuauflage des heroischen Kampfes der Sowjetunion gegen die ukrainischen Faschisten und ihre westlichen Hintermänner, als glorreichen Kampf der „russischen Welt“ gegen einen gierigen, dekadenten Westen. Die Krim wurde „zurückgeholt“, Geheimdienste und Militärs konnten sich bei der „Wiedervereinigung“ mit der Insel beweisen, der Kremlchef wurde zum gefeierten Retter der Nation. Dem Westen führte man seine Ohnmacht und der ukrainischen Führung ihre Unfähigkeit vor Augen.

Am meisten profitiert von der Inszenierung der Krise als neuer Kalter Krieg die neue ukrainische Führung. Sie erhält jetzt die westlichen Milliarden, die Janukowitsch verlangt, aber nicht bekommen hatte. Kaum jemand im Westen stellt noch die Frage, warum die immer gleichen Politiker, die das Land 25 Jahre lang ausgeplündert und zugrunde gerichtet hatten, jetzt wieder an der Regierung sind. Und kein Mensch im Westen fragt, warum die Armee und die Sicherheitskräfte nicht oder nur zu einem geringen Teil für die neue Führung kämpfen wollten. Den meisten Schaden hat die Ukraine. Statt Reformen und Erneuerung: Krieg und weitere Zerrüttung

des Landes. Der *failing state* Ukraine sank 2014 beim Human Development Index (HDI) auf Platz 83, zwischen Peru (82) und Belize (84). Daran lässt sich übrigens auch die Ahnungslosigkeit vieler europäischer Politiker erkennen, wenn sie von der von Moskau verhinderten „Europäisierung“ der Ukraine schwadronieren. Russland steht im HDI auf Platz 57, noch vor dem EU-Mitglied Bulgarien, wäre also offenkundig EU-kompatibler als die Ukraine. Das spiegeln die deutschen Direktinvestitionen: In der Ukraine beliefen sie sich bis 2012 auf 4,5 Milliarden, in Russland jedoch auf 23 Milliarden Euro. Aber Zahlen und Fakten spielen in der sehr praktischen „Großen Erzählung“ vom Kalten Krieg zwischen einem freiheitsliebenden Westen, inklusive einer „europäischen“ Ukraine, und einem zurückgebliebenen Russland, das die Sowjetunion wieder errichten will, keine Rolle.

Ideologie statt Analyse

Mit dieser „Großen Erzählung“ ersparen sich westliche Politiker und Journalisten das Nachdenken über die Niederungen der realen Probleme der Ukraine. Sie merken nicht einmal, wie sehr sie Putin ähneln. Das Pathos der Verteidigung höherer Werte, die Gefühlserregung bei der wechselseitigen Beschuldigung, das Böse zu repräsentieren, und die Ergriffenheit über das Gute, das man selbst darstelle: Brüssel und Moskau sind gewissermaßen kongeniale Partner bei der Inszenierung ihrer selbst als Helden der Freiheit und der Würde des Menschen. Die Erregung ist so groß, dass logisches Denken oder auch nur Nachfragen sich längst verabschiedet haben.

Kein Mensch fragt, warum einige ukrainische Oligarchen fantastische Rüstungsgeschäfte machen, aber nicht bereit sind, ihrer eigenen Armee die Waffen zur Verfügung zu stellen, die sie bräuchte, um das Land zu verteidigen. Die Waffenindustrie ist überhaupt der einzige Wirtschaftszweig, der in der Ukraine funktioniert. Sie ist nach den USA, Russland und den notorischen westeuropäischen Lieferanten einer der weltgrößten Rüstungsexporteure, 2013 war sie externer Hauptlieferant der chinesischen Armee. Immerhin stellt sie einen der modernsten Kampfpanzer der Welt her, den T-84. Offensichtlich kommt kein westlicher Politiker oder Journalist auf die Idee, nach der Verantwortung der ukrainischen Oligarchen und Politiker für das Desaster in ihrem Land zu fragen. Stattdessen wird eine lächerliche Debatte darüber geführt, ob man der Ukraine Waffen liefern soll.

Der offizielle Ukrainediskurs zeigt die Ignoranz, von der die westliche Außenpolitik in zunehmendem Maße geprägt ist. Die um Deeskalation

bemühte deutsche Politik ist eher die Ausnahme. Die Debatte zeigt aber auch die Platitude und die zunehmende Konvergenz des journalistischen Mainstreams in Moskau und in den westlichen Hauptstädten. Was dem einen sein westlicher Agent, ist dem anderen sein Putin-Versteher. Die Welt wird so schön einfach, wenn man ein profundes Feindbild hat. Momentan werden Hunger- und Wutaufrüste der Bevölkerung nur durch Kriegsmüdigkeit, Resignation und mithilfe von Milliarden Euro aus dem Westen und der Lieferung von Energieträgern durch die Europäische Union verhindert. Wenn in ein oder zwei Jahren auch dieser Bonus verbraucht ist, in der Hauptstadt, in Charkow, Dnipropetrowsk und Odessa wieder gewaltsame Protestaktionen stattfinden und ein weiterer Zerfall des Landes droht, ist jedenfalls jetzt schon abzusehen, wer dafür von der Kiewer Führung verantwortlich gemacht werden wird: der übliche Verdächtige im Kreml.

Gibt es einen Ausweg?

Ja: Die ukrainischen Oligarchen werden Patrioten und transformieren das Land in einen funktionierenden Staat, mit dem sich die Ukrainer identifizieren. Moskau gibt die Krim zurück. Und Washington verzichtet auf eine Politik, die die russische Angst evoziert, das Land werde in Europa vollständig von der NATO eingeschlossen und das nächste Objekt westlicher Regimewechselpolitik sein.

Wäre Politik in diesem Sinne rational, gäbe es die gegenwärtige Krise nicht. Heute wäre es schon ein riesiger Fortschritt, wenn die Ukraine mit vielen Milliarden Dollar aus dem Westen und einigen elementaren Reformen konsolidiert werden könnte. Wenn sich Moskau an der Konsolidierung statt an der weiteren Destabilisierung beteiligte. Wenn Washington akzeptierte, dass auf absehbare Zeit multilateraler Sicherheitskooperation der Vorrang gegenüber einer NATO-Erweiterung zu geben ist. Und wenn Brüssel (mithilfe der OSZE) in der Lage wäre, einen solchen Prozess zu moderieren. 🌐



Prof. Dr. August Pradetto

geb. 1949, Professor für Politikwissenschaft, insbes. auswärtige und internationale Politik osteuropäischer Staaten, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
pradetto@hsu-hh.de

Ukraine – Krise des Wirtschaftssystems

Kai Kleinwächter

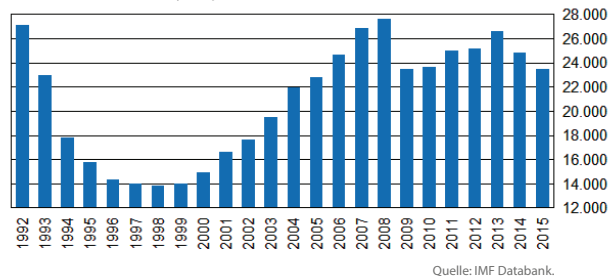
Die Ukraine hat sich vom wirtschaftlichen Niedergang nach dem Zerfall der Sowjetunion nie erholt. Das Einkommen von ca. 1.800 Euro pro Person und Jahr in heutiger Kaufkraft wurde seitdem nicht mehr erreicht. Kein anderes Land Osteuropas verzeichnete eine solch katastrophale Wirtschaftsentwicklung.

Russland erhöhte seitdem seine reale Wirtschaftsleistung bei konstanten Preisen um 50 Prozent, Polen verdreifachte sie.

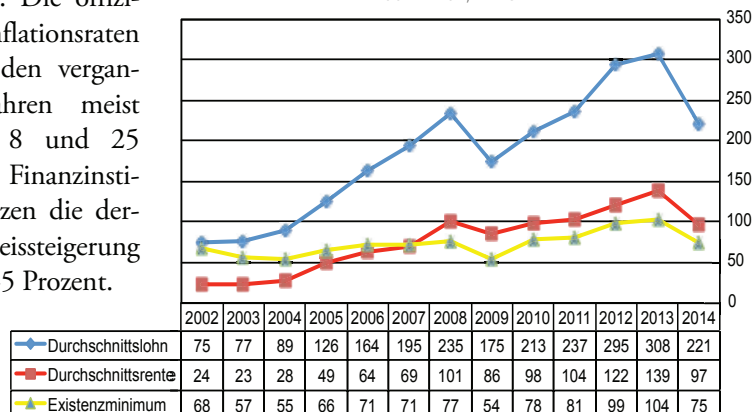
Gemessen an der Produktivität Deutschlands kann die Ukraine

inzwischen als „Dritte-Welt-Land“ bezeichnet werden. Die Stadt Berlin bringt eine ähnliche Wirtschaftskraft auf wie die gesamte Ukraine – bei weniger als einem Zehntel der Einwohner. Die Wirtschaft schrumpft weiter – 2014 um sieben Prozent, für 2015 wird ein Rückgang von sechs Prozent erwartet. Das geht einher mit gravierenden sozialen Problemen. So beträgt der durchschnittliche Monatslohn derzeit ca. 221 Euro. Die offiziellen Inflationsraten lagen in den vergangenen Jahren meist zwischen 8 und 25 Prozent. Finanzinstitute schätzen die derzeitige Preissteigerung auf über 45 Prozent.

BIP pro Einwohner
in Hrywnja (UAH), konstante Preise



Ukraine: Einkommensentwicklung
2002–2104, in EUR



Quelle: DGO, Universität Bremen, Länder-analysen.de Ukraine-Analysen Nr. 153, S. 16.